

Rede von Karl Keplinger bei der LK VV im Juni 2020

KR ÖR Karl Keplinger: Wir bekommen auch die Zeitung der Grünen Bäuerinnen und Bauern. Es findet sich dort auch eine durchaus interessante Wiedergabe der Denkweise dieser Wählergruppe. Ich habe dabei für die Frage „Was macht einen Grünen Kammerrat glücklich?“ als Antwort gefunden: „Ein Nationalratsmandat“. Als KR Stammler nur Kammerrat in der Landwirtschaftskammer war, hat er noch auf die schlechte Lage der Landwirtschaft hingewiesen. Sobald er aber im Nationalrat ist, schwenkt er sofort auf Bauernbundlinie um und meint, es würde von anderen nur stets gejammert und gesudert. Es gehe ja eh gut und man soll froh sein, dass man ums Haus gehen dürfe. So kann eine neue Funktion jemanden verändern.

Heute wurde ja schon viel über Corona gesprochen. Der Bauernbund und die Grünen sagen, dass durch die Corona-Krise kaum Schäden in der Landwirtschaft aufgetreten seien. Daher solle es auch keine Entschädigung geben, weil das nicht notwendig sei. Es wurde ein Steuerentlastungspaket, das mit den Blauen schon beschlossen war, nun mit den Grünen wiederholt und nochmals beschlossen. Das wird jetzt als Corona-Entschädigung umbenannt und verkauft. Tatsächlich finden sich dort aber keine Maßnahmen in direktem Zusammenhang mit Corona. Ich stimme mit Präsident Moosbrugger überein, der die Aufregung zB der Freiheitlichen Partei über eine Pensionserhöhung von 33 Euro pro Monat für jene Bauernpensionisten kritisiert, die nicht einmal die Mindestpension erreichen. An dieser Kritik über die Verbesserung für diese Pensionistengruppe haben sich auch die Neos und andere beteiligt. Von einem Nationalrat, der 9.000 Euro im Monat verdient, erwarte ich allerdings schon eine korrekte Wiedergabe der Tatsachen auch bei diesem Thema der Pensionserhöhung für Kleinstpensionisten.

Bei unseren Forderungen nach besseren Leistungen für die Kinder wurde mir ja früher erklärt, ich würde nicht verstehen können oder verstehen wollen, dass für jedes Kind der gleiche Betrag gezahlt werde. Nun sind aber – wenn die Angaben so stimmen – tatsächlich 360 Euro für jedes Kind vorgesehen. Eine derartige Gleichstellung ist aus meiner Sicht auch beim Kinderbonus erforderlich. Vom Deutschen Bauernverband wurde mir erklärt, dass in Deutschland jene Personen höhere Leistungen für Kinder bekommen, die über ein geringes Einkommen verfügen und jene weniger bekommen, die viel verdienen. Bei uns ist die Regelung genau umgekehrt, es sollen die Leistungsträger belohnt werden und wir gelten offenbar nicht als solche.

Auch wir sind für Maßnahmen für einen klimafitten Wald. Dazu braucht es allerdings auch entsprechende Verordnungen im Jagdrecht, die tatsächlich zu einem Schutz der Jungbäume beitragen. Bis jetzt haben wir noch nicht gehört, dass die neue Verordnung wirklich ein so guter Wurf gewesen ist. Mir haben lediglich einige deiner Parteikollegen, Frau Präsidentin, erklärt, die neue Abschussplanverordnung müsse jagd- und jägerfreundlich sein. Der Abschuss muss so geregelt sei, dass kein Verbiss stattfindet. Ich lade jeden einmal ein, verbissene Jungbäume nachzusetzen, um zu sehen, wie viel Arbeit das bedeutet. Es ist für mich ein starkes Stück, diese Abschussplanverordnung als Geschenk der Partei zu verkaufen.

Unabhängiger Bauernverband



Ein Green Deal der Europäischen Union braucht auch die Zustimmung der österreichischen Bundesregierung und der zuständigen Ministerin Köstinger. Es gilt ja meines Wissens noch immer das Einstimmigkeitsprinzip. Die neue Linie des Bauernbundes ist es, hier Angst zu machen. Es wird uns erklärt, was denn hier auf uns zukommen werde und der Bauernbund würde hier für die Bauern kämpfen. Tatsächlich war es in den letzten EU-Programmplanungsperioden stets so, dass am Ende von Verhandlungen Österreich eigenständig immer noch etwas dazugegeben hat, um besser zu sein als die anderen Mitgliedsstaaten. Das bekommen jetzt die österreichischen Biobauern am meisten zu spüren. Auch hier wollte man stets besser sein als es die EU verlangt. Dieses Problem ist eine hausgemachte Sache. Auch künftig wird es wohl viele hausgemachte Sachen aus Österreich geben, die uns Bauern dann betreffen.

Die Zeit des Corona-Stillstands hat auch ihr Gutes gehabt, die Umwelt ist wieder ins Reine gekommen. In der Landwirtschaft hat sich in dieser Zeit nichts geändert, es wurde dort genauso gearbeitet und gefahren, wie vorher. Wenn sich in dieser Zeit die Umwelt verbessert hat und sich bei der Landwirtschaft nichts geändert hat, dann müssen es somit andere Faktoren als die Landwirtschaft gewesen sein, die die Umwelt und das Klima beeinflussen. In den Ausschüssen heißt es vom Bauernbund ja stets, wir müssten unsere Hausaufgaben machen. Es zeigt sich hier aber, dass wir ja nicht die Verursacher dieser Probleme sind.

Die aktuelle Situation am Holzmarkt und die Holzimporte bringen Millionen Gewinne für die Sägeindustrie. Unser Landesrat sagt, die Holzimporte seien notwendig und insgesamt bringe das Devisen; so heißt es sinngemäß in einer seiner Presseaussendungen. Wenn es künftig Verbesserungen geben wird, dann sind wir darüber froh. Wir werden sehen, ob das auch tatsächlich so umgesetzt werden wird, wie es jetzt angekündigt wird.

Nach dem Almurteil hat sich im ABGB in der Folge nichts Wesentliches geändert. Weiterhin gelten die Bauern als schuldig, sie müssten ja erkennen, wenn eine Kuh gefährlich sei. So in etwa stellt es ja auch das Almurteil dar. Aus unserer Sicht muss die Eigenverantwortung der Gäste mehr ins Gesetz aufgenommen werden. Der Tourismus oder die Gemeinden müssen die Kosten für allenfalls erforderliche Einzäunungen übernehmen. Man kann ja nicht vom Grundbesitzer verlangen, er solle auf eigene Kosten Flächen einzäunen, wenn Besucher dort unterwegs sind. Von den Besuchern profitiert ja auch der Tourismus und am allerwenigsten die Landwirtschaft selbst.

Vom Kontrollausschuss wurde auch berichtet, welche Gelder wir an welche Zeitungen für Inserate zahlen. Top Agrar gehört nicht zu den Empfängern. Wir brauchen eine freie und nicht eine gekaufte Presse.

Auch im Hauptausschuss hat sich einiges geändert. Ich fahre ja nicht zu einer Hauptausschusssitzung um dort Kaffee zu trinken, sondern um die Probleme aufzuzeigen. Dort mokiert man sich aber darüber, dass ich Fragen stelle. Ich hoffe, dass sich das ändern wird. Ich selbst werde auch weiterhin im Hauptausschuss Fragen stellen und ich hoffe, dass die Fragen dann auch von jenen beantwortet werden, die ich gefragt habe und nicht von anderen.

Herr KR Kogler, du hast offenbar etwas falsch verstanden: Wir vom UBV fordern, dass die Kosten der Einzäunung bei den Almen nicht von den Grundbesitzern und Almbewirtschaftern getragen werden müssen, sondern dass der Tourismus oder die Gemeinden diese Kosten übernehmen. Es sollen jene zahlen, die am meisten vom Tourismus auf den Almen profitieren.

Ich frage an, an welches Ministerium die rund 400.000 Euro im Zusammenhang mit dem Sachkundenausweis Pflanzenschutz geflossen sind.

Herr Landesrat, wir haben nie bestritten, dass der Bauernbund in den letzten 50 Jahren nichts zustande gebracht hat.

Antrag „Green Deal bedarf wirtschaftlicher Folgenabschätzung und ausreichender Finanzierung“

Wir stimmen diesem Antrag zu. Dieser Resolutionsantrag ist auch an das Landwirtschaftsministerium gerichtet. Erst vorhin hat es geheißt, dieses Ministerium sei für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Green Deal gar nicht zuständig. Bitte erklärt mir, wie es wirklich ist. Es kann ja nicht das Ministerium in der gleichen Angelegenheit einmal zuständig sein und einmal nicht. Die Präsidentin hat ja erst vorhin erklärt, dass das Ministerium für den Green Deal nicht zuständig sei. Warum richtet sich dieser Antrag dann an das Landwirtschaftsministerium?

Antrag „Absicherung einer flächendeckenden Grünlandbewirtschaftung“

„Zur Absicherung einer flächendeckenden Grünlandbewirtschaftung fordert die Vollversammlung der LWK OÖ das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus auf, in der neuen GAP-Periode gekoppelte Prämien für Mutterkühe, Rindermast, sowie Lamm- und Kitzfleischproduktion von 200 Euro pro GVE und Hektar einzuführen. Vorgabe: mindestens 0,5 GVE max. 2 GVE je Hektar (ohne Almflächen).

Herr Vizepräsident, du bist hier herinnen der Populist. Vor der letzten GAP-Periode habt ihr gemeint, die Mutterkuhprämie müsse weg, so etwas würde es in ganz Europa nicht geben und man müsse froh sein, dass es für die Milchkühhalter dann flächenbezogene Zahlungen geben werde, die müssten dann ja eh aufhören. Eingetreten ist aber folgendes: Wir haben die ganze Zeit über viel Milch gehabt, der Preis ist gesunken, vielleicht gefällt das auch einigen und die Mutterkuhhaltung ist zusammengebrochen. Die Qualitätsrinder, die aus der Mutterkuhhaltung stammten, die gibt es nicht mehr. Man bekommt nur mehr Tiere aus der Milchrasse und diese Tiere sind für die Mast nicht geeignet. Bei der Teilnahme an einem Qualitätsprogramm muss ich vielleicht 2.000 oder 3.000 Euro zahlen und dann bekomme ich diese 3.000 Euro wieder heraus und im Wesentlichen habe ich als Tierhalter letztlich dann nur die Information darüber, wie viele meiner Stiere als E-, U- oder R-Stiere eingestuft wurden. Das ist das ganze Qualitätsprogramm, das ihr habt. Als Bauer habe ich davon aber überhaupt nichts. Was ihr macht, ist das größte Schmähführen. Ihr sagt auch, jetzt sei es zu früh, darüber zu diskutieren und später heißt es dann, dann sei es aber zu spät. Wir sind jetzt in der Verhandlungsphase und daher stellen wir auch jetzt diesen Antrag. Wir wollen auch nicht dass jemand, der auf seiner gesamten Fläche lediglich ein Pferd hält, die 200 Euro bekommt.

Antrag „Erhöhung der Tierwohlprämie bei Strohhaltung“

„Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert die Bundesregierung auf, die bestehende Tierwohlprämie bei Strohhaltung in der neuen GAP-Periode auf 300 Euro pro GVE zu erhöhen und auch für Kälber und weibliche Rinder zu gewähren“

Wir hören immer, dass alle für Tierwohl seien. Wenn es im Handel ein Tierwohlprogramm gibt, dann will allerdings niemand die Kosten dafür zahlen. Wenn der Konsument mehr Tierwohl und mehr Strohhaltung haben will, und wenn der Konsument Kälberexporte nicht haben will, dann soll es halt für Tierwohlprogramm mehr Geld geben. Eine derartige Tierwohlprämie soll auch für Kälber und weibliche Rinder gewährt werden. Strohhaltung verursacht gegenüber der Haltung auf Spaltenböden eine Mehrarbeit und es entstehen auch Kosten für das Stroh. Daher stellen wir jetzt schon rechtzeitig den Antrag, damit dieses Anliegen in die GAP-Verhandlungen miteinbezogen wird. Es wird wohl niemand gegen mehr Tierwohl sein.

Antrag „Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge“

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert die Bundesregierung und den Nationalrat sowie den OÖ Landtag auf, dass die Sozialversicherungsbeiträge der Bauern für das Jahr 2020 zu einem Viertel vom Land und zu drei Viertel vom Bund übernommen werden. Weiters werden die Kammerfunktionäre Stammler, Graf und Langer-Weninger aufgefordert im Nationalrat bzw. im Landtag den entsprechenden Antrag umzusetzen.“

Wir wissen natürlich, dass in eurer Wahrnehmung der UBV als unbedeutend angesehen wird. Die hier angesprochenen Mandatare genießen die Vorteile einer Parteiorganisation und sind in der Kammer und im Landtag oder Nationalrat. Nur diese Abgeordneten können etwas machen, es heißt ja stets, jene Fraktion, die nicht im Nationalrat oder Landtag vertreten ist, sei ein Nichts und deren Vertreter seien bloß Querulanten. Alle diese drei Mitglieder der Vollversammlung gehören auch jeweils zu einer Regierungsfraktion. Wenn ich einer Regierungsfraktion angehöre, dann habe ich doch einen gewissen Einfluss. Dieses Anliegen wurde im Bund ja schon einmal abgelehnt. Ich habe schon ein gewisses Verständnis dafür, dass Anträge von vornherein abgelehnt werden, wenn man davon ausgeht, die Landwirtschaft hätte ohnedies durch Corona keinen Schaden erlitten und nur alle anderen seien geschädigt worden. Wir wollen uns nicht dazu äußern, ob andere Berufsgruppen einen Schaden erlitten haben oder nicht, das ist die Angelegenheit von ihnen selbst und von deren Vertretern. Wir glauben, dass eine Maßnahme so umgesetzt werden soll, wie Landeshauptmann Pühringer es im Jahr 2015 gemacht hat. Dort wurde bei der Dürreentschädigung ein Teil finanziert. Mit der damaligen Vorgangsweise waren alle zufrieden, wir bekamen nur positive Rückmelden. Ihr werft ja indirekt auch dem Landesobmann des Seniorenbundes vor, dass er etwas Schlechtes gemacht habe. Ich bin verwundert über die Argumentation, dass es schlecht sei, eine schon einmal gesetzte Maßnahme jetzt zu wiederholen. Eine derartige Entschädigungsregelung ist der einzig vernünftige Weg. Die von KR Mitterbacher geschilderten Aktionen in der Steiermark für Rinderhalter haben ja zu Marktverwerfungen geführt. Die Übernahme der

Sozialversicherungsbeiträge führt dagegen zu keinen Marktverwerfungen, sondern es kommen diese Gelder direkt bei den Betroffenen an. Ich ersuche daher um Zustimmung.

Antrag „Importverbot für Lebensmittel die nach nicht-österreichischen Standards erzeugt wurden“

„Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert die Bundesregierung auf, ein Importverbot auf Lebensmitteln umzusetzen, deren Rohstoffe (Milch, Fleisch, Eier, Gemüse und Obst) nicht nach den österreichischen Produktionsstandards (Tierschutz, Tierarzneimittelanwendung, Pflanzenschutzmittelgesetz, gentechnik-, glyphosat- und hormonfrei) erzeugt werden.

Bei uns erfindet man fast jedes Jahr eine neue Auflage und ein neues Verbot, bei den Importen spielt das offenbar keine Rolle. So kann es auf Dauer nicht weitergehen. Es wird gepredigt, alle sollen Bio werden, aber man weiß nicht, ob es für diese Waren auch einen entsprechenden Absatz gibt. Es gehört jedenfalls reguliert, dass die importierten Waren jene Standards und Auflagen haben, die für uns selbst gelten. Ich ersuche daher um Zustimmung.

Antrag „Reformierung des Landwirtschaftskammergesetzes und Wahlrechtsreform, Schaffung einer Bundeslandwirtschaftskammer“

Dieser Antrag ist richtig, das Thema muss allerdings im Landtag behandelt werden. Wir kennen das Thema ja schon seit zumindest sechs Jahren und man müsste halt Anträge rechtzeitig in den Landtag einbringen. Wir brauchen uns auch keine Sorgen wegen des Stimmverhaltens der Altbauern machen. Auch die Altbauern wurden in der Vergangenheit schon von der AMA entsprechend geschröpft und die können sich noch sehr gut daran erinnern, wie es ihnen damals gegangen ist. Wir halten es auch aus diesem Grund nicht für tragisch, wenn die Altbauern auch bei der nächsten Landwirtschaftskammerwahl mitwählen dürfen. Wir stimmen diesem Antrag zu, denn natürlich gehört die Landwirtschaftskammer und das Wahlrecht weiterentwickelt. Es soll das Wahlrecht ähnlich wie bei der Wirtschaftskammer oder der Arbeiterkammer ausgestaltet werden. In diesen beiden Kammern werden die Senioren weiterhin vertreten, auch wenn sie dort kein Wahlrecht mehr haben.

Das vollständige Protokoll findest du unter <https://www.ubv.at/sitzungsprotokolle/>